



Günter Neugebauer:

CDU-Antrag substanzlos

In der Debatte zum Antrag der CDU, einen „Nachtrag zum Haushaltsplan des Landes Schleswig-Holstein für das Haushaltsjahr 2000“ aufzustellen, erklärte der finanzpolitische Sprecher der SPD-Landtagsfraktion, Günter Neugebauer u.a.:

„Nach jetzigem Erkenntnisstand gibt es keinen Anlass für die Aufstellung eines Nachtragshaushaltes. Vor vier Monaten war die CDU nicht einmal in der Lage, ordentliche Anträge zum Vorschlag der Koalitionsfraktionen und der Landesregierung für den Haushalt zu stellen. Außer abstrakten, nicht konkreten und schon gar nicht realisierbaren Vorschlägen hatte die CDU nichts anzubieten. Der heutige Antrag ist genauso substanzlos, wie die EntschlieÙung der CDU zum Haushaltsentwurf 2000, auf den er sich beruft. Wieder einmal hören wir keine konkreten Vorschläge zu Einsparungen. Im Landtagswahlkampf, und noch zuletzt vor einer Woche, haben wir erlebt, wie die CDU jede Kürzung von Haushaltstiteln ablehnt oder höhere Dotierungen einfordert.

Wer die finanzielle Handlungsfähigkeit des Landes sichern und in die Zukunft investieren will, um die Zukunftschancen unserer Bürger zu wahren, kommt um harte Sparaktionen nicht herum. Die Schaffung einer Rücklage von 105 Mio DM und die restriktive Haushaltsführung für das laufende Jahr, sind eine gute Vorsorge für den nächsten Haushalt.

Wir unterstützen die Unternehmenssteuerreform und die weitere Steuerentlastung von Arbeitnehmern und ihrer Familien. Das sich daraus ergebende Haushaltsdefizit ab 2001 muss reduziert und der Restbetrag durch mutiges Sparen finanziert werden. Wir setzen uns dafür ein, dass über den Bundesrat eine Erhöhung der Erbschafts- und

Schenkungssteuer und eine Mindestbesteuerung bei Beteiligungsverkäufen von Kapitalgesellschaften eingeführt wird.

Wir empfehlen der CDU zunächst die Mai-Steuerschätzung und die Beratungen im Bundestag und Bundesrat über die Steuerreform abzuwarten. Heute besteht kein Anlass, den CDU-Antrag weiter zu beraten. Den Antragstellern geht es offenkundig auch nicht um die Annahme Ihres Antrages, sondern um die finanzpolitische Profilierung. Das ist legitim, zeugt aber nicht von politischer Klugheit.“ (SIB)